

Leichtes Minus in Hochdorf

Rechnung Die Rechnung 2021 der Gemeinde Hochdorf schliesst mit einem Aufwandüberschuss von rund 257 000 Franken ab. Budgetiert war ein Minus von rund 715 000 Franken. Hauptverantwortlich für das gegenüber dem Budget leicht bessere Ergebnis sind laut einer Mitteilung der Gemeinde tiefere Sach- und Betriebsaufwände sowie der Gemeindesteuerertrag, der 1,56 Prozent höher ausfiel als budgetiert.

Die Investitionsausgaben lagen bei rund 5 Millionen Franken, etwa eine halbe Million Franken weniger als budgetiert. Hauptgrund sind laut der Gemeinde Ausgaben für die Sanierung des Schulhauses Avanti, die noch nicht verrechnet worden sind. Diese Ausgaben verschieben sich auf die Folgejahre. Das ist auch mit ein Grund dafür, dass die Verschuldung von Hochdorf dieses und nächstes Jahr deutlich ansteigen dürfte. Allerdings spricht die Gemeinde in ihrer Mitteilung von einer «gewissen Entspannung» in diesem Bereich. Denn die Rechnungen schlossen in den vergangenen Jahren gut ab, und der Kanton Luzern hat kürzlich eine Anpassung bei den Bandbreiten für die Finanzkennzahlen beschlossen. «Der Wechsel von dynamischen Werten auf fixe, höhere Beträge bietet gerade Zentrums Gemeinden mit vergleichsweise hohen Investitionskosten mehr Handlungsspielraum», schreibt die Gemeinde. Deshalb gestalte sich der Hochdorfer Blick in die Zukunft «aufmerksam, aber durchaus positiv». (dlw)

RET-Präsidentin tritt zurück

Sursee-Mittelland Die Präsidentin des Regionalen Entwicklungsträgers (RET) Sursee-Mittelland, Karin Schnarwiler, tritt per Ende Juni zurück. Sie war seit Mitte 2019 Präsidentin des Gemeindeverbands. Wie es in einer Mitteilung heisst, wolle sich Schnarwiler vermehrt auf ihr Gemeinderatsamt in Oberkirch konzentrieren.

Die Nachfolgeregelung wird nicht sofort angegangen. Zunächst soll ein interner Organisationsentwicklungsprozess abgewartet werden. (dlw)

SVP will Ernährung sichern

Vorstoss Die Luzerner SVP fordert in einem dringlichen Postulat, dass sich der Regierungsrat auf nationaler Ebene für einen höheren Selbstversorgungsgrad einsetzt. Der Krieg in der Ukraine werde weltweit zu einer Verknappung und Verteuerung der Nahrungsmittel führen, heisst es im Vorstoss von Kantonsrat Willi Knecht. Er schlägt unter anderem vor, ökologische Ausgleichsflächen befristet für die Herstellung von Nahrungsmitteln freizugeben. Auch soll die Abhängigkeit von ausländischem Saatgut verkleinert werden. (dlw)

«Politik braucht einen langen Atem»

Nach elf Jahren tritt Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo als Präsidentin der Stiftung Konsumentenschutz Schweiz ab.

Interview: Reto Bieri

Prisca Birrer, neben menschlichem Leid löst der Krieg in der Ukraine auch Preisschocks aus. Das muss Sie als oberste Schweizer Konsumentenschützerin doch stark beunruhigen.

Prisca Birrer: Wir verfolgen die Situation sehr intensiv. Preiserhöhungen können gerechtfertigt sein, zum Beispiel wenn Erdöl am Rohstoffmarkt teurer wird. Man muss aber genau hinschauen, ob es sich nicht um Spekulation handelt. Viele haben zu günstigen Konditionen die Gas- und Heizölkäufe im Herbst getätigt oder es bestehen langfristige Lieferverträge. Wichtig ist, dass die Konsumentinnen und Konsumenten nicht über den Tisch gezogen werden. Wenn die Kaufkraft geschmälert wird, spüren es insbesondere Leute mit niedrigen Einkommen, vor allem bei den Nebenkosten.

Es gibt politische Vorschläge, vorübergehend auf Zölle und Abgaben zu verzichten, beispielsweise beim Benzin. Ein gangbarer Weg für Sie?

Es ist fraglich, ob man das Giesskannenprinzip anwenden soll und so auch grosse und teure Autos subventioniert, die unnötig viel Benzin verbrauchen. Klimapolitisch geht das in die falsche Richtung, zudem fehlen dem Bund letztlich Einnahmen. Aber man muss sich schon überlegen, wie man Leute entlasten kann, die für ihre Arbeit oder wegen des Wohnorts auf das Auto angewiesen sind. Welches der beste Weg ist, dazu habe noch keine abschliessende Meinung.

Wie konkret bekämpft die Stiftung Konsumentenschutz zu hohe Preise?

Wir schaffen Transparenz, denn die gibt es bei den Preisen sehr oft leider nicht. Wenn zum Beispiel ein im Ausland hergestelltes Produkt in der Schweiz 50 Prozent teurer ist, schreiten wir ein und benennen jene Anbieter, die – man kann es nicht anders sagen – abzocken. Wenn sie sich kein Reputationsrisiko einhandeln wollen, werden sie fair geschäften. Weiter melden wir der Wettbewerbskommission Fälle, die uns von Konsumentinnen gemeldet werden oder die wir selber entdecken. Auch beim Preisüberwacher deponieren wir Anliegen. Notfalls leiten wir rechtliche Schritte ein.

Nun treten Sie nach elf Jahren als Präsidentin zurück. Warum?

Ich stelle mich in der kommenden Legislatur nicht mehr als Nationalrätin zur Verfügung. Der Stiftungsrat hat deshalb vorausschauend meine Nachfolge aufgegleist, worüber ich sehr froh bin. Neue Präsidentin wird die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt. Für den Konsumentenschutz ist es sehr wichtig, dass ein direkter Draht in die politischen Entscheidungsgremien besteht. Das war zum Beispiel bei der Revision des Versicherungsvertragsgesetzes,



Prisca Birrer-Heimo sitzt seit 2010 für die SP im Nationalrat. 2023 tritt sie nicht mehr an.

Bild: Patrick Hürlimann (Luzern, 29. März 2022)

welcher die Versicherungslobby ihren Stempel aufgedrückt hatte, entscheidend. Da ich in der Wirtschaftskommission des Nationalrats sitze, konnte ich die Anliegen der Versicherten direkt vertreten und wichtige Verbesserungen erzielen.

Was konnten Sie in Ihrer Amtszeit gegen die Hochpreisinsel Schweiz bewirken?

Das wichtigste Geschäft war sicherlich die Fair-Preis-Initiative, die wir 2016 zusammen mit Partnern lanciert haben. In einem Gegenvorschlag hat das Parlament unsere Forderungen sehr gut umgesetzt, das war ein grosser Erfolg. Im Kartellgesetz haben wir nun griffigere Instrumen-

te, man kann gegen die Benachteiligung von Schweizer KMU vorgehen. Auch das Anfang Jahr in Kraft getretene Geoblocking-Verbot ist ein Erfolg. Schweizer Kundinnen und Kunden eines ausländischen Internetshops dürfen nun nicht mehr benachteiligt und beispielsweise auf eine Shopversion mit höheren Preisen umgeleitet werden. Auslöser für die Initiative waren die seit Jahren überbeuerten Importprodukte. Als der Eurokurs im Sommer 2011 markant fiel, nahm der Einkaufstourismus wegen des starken Frankens markant zu. Dies fiel mit meinem Amtsantritt zusammen. Ich reichte damals eine Motion für eine Kartellgesetzrevision gegen unzulässige Preis-

differenzen ein. Es ist sehr befriedigend, dass das Anliegen am Ende meiner Amtszeit nun umgesetzt ist. Aber es zeigt: Politik braucht einen langen Atem.

Wo konnte der Konsumentenschutz weitere Akzente setzen?

Wichtig war das bereits erwähnte Versicherungsvertragsgesetz, das erstmals 2019 beraten wurde. Die ursprüngliche Vorlage richtete sich zu Beginn massiv gegen die Rechte und Interessen der Versicherten. Es ist uns gelungen, dies mittels intensiver parlamentarischer Arbeit und einer Kampagne umzukehren. Das war wichtig, denn wir alle schliessen Versicherungen ab, Stichwort Motorfahrzeug, Haftpflicht, Krankenkasse. Wie die Konsumenten in diesen Verträgen gestellt sind, ist entscheidend. Weiter haben wir Verbesserungen bei den Roamingtarifen erreicht. Auch zu hohe Medikamentenpreise waren all die Jahre ein grosses Thema. Zudem hat der Konsumentenschutz den Anstoss zum Aufbau von Repaircafés gegeben, es gibt mittlerweile ein schweizweites Netz. Nachhaltigkeit war bei uns schon immer ein grosses Thema. Ressourcen schonen heisst in der Regel nämlich, das Portemonnaie zu schonen.

Sie haben die Anliegen des Konsumentenschutzes immer auch in den politischen Betrieb eingebracht.

Genau. 2013 reichte ich eine Motion ein, um den Rechtsschutz bei Massenschäden auszubauen,

beispielsweise bei Schäden durch fehlerhafte Brustimplantate und Hüftprothesen. Oder der Dieselskandal, als Abgaswerte manipuliert wurden. VW war weltweit mit kollektiven Schadenersatzforderungen konfrontiert und musste für den Schaden aufkommen. Nicht aber in der Schweiz, weil wir kein Instrument zur kollektiven Klage haben. Da die Prozessvorschusskosten so hoch sind, ist es für die meisten Geschädigten nicht möglich, ihr Recht einzufordern. Die Möglichkeit für kollektive Klagen gibt es mittlerweile europaweit. Nicht zu verwechseln übrigens mit Sammelklagen. Eine Klageindustrie à la Amerika wollen wir nicht und wird es auch nicht geben. Meine Motion wurde 2014 von beiden Räten überwiesen. Aber wenn es um die konkrete Umsetzung geht, war der Widerstand der Wirtschaft bisher massiv. Aktuell wird das Geschäft erneut im Parlament behandelt.

Wo muss sich der Konsumentenschutz auch künftig einsetzen?

Ein grosses Thema ist der Datenschutzbereich. Wir «bezahlen» ja oft, indem wir unsere Daten preisgeben. Vielfach ist aber unklar, wie sie verwendet werden. Störend ist zudem die Marktmacht der Internetgiganten. Die EU hat jetzt ein Gesetz verabschiedet, um diese zu brechen. Wichtig ist auch, dass Menschen, die keine digitale Technik verwenden, weiterhin Zugang zu Dienstleistungen und Produkten haben.

«Wir benennen jene Anbieter, die – man kann es nicht anders sagen – abzocken.»

Prisca Birrer-Heimo
Luzerner SP-Nationalrätin

Zur Person

Prisca Birrer-Heimo (63) ist ausgebildete Lehrerin und Wirtschaftsingenieurin. Sie hat während neun Jahren im Kantonsspital Luzern als Projektleiterin gearbeitet. 2010 wurde sie für die SP in den Nationalrat gewählt, ein Jahr später zur Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz. In der grossen Kammer sitzt sie in der Wirtschaftskommission und präsidiert seit diesem Jahr die Geschäftsprüfungskommission. Zudem ist sie Vizepräsidentin der parlamentarischen Delegation OECD. Prisca Birrer-Heimo wohnt in Rothenburg, ist verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern. (rbi)